

Dem Ministerpräsidenten gelang die Aufstellung eines Kabinetts, das viele Fragezeichen und auch viele Hoffnungen erweckte. Die Arbeit in den Ausschüssen begann. Das Unglückliche unserer Situation besteht darin, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung nicht sehen konnte, wie korrekt, wie fleißig, wie aufopfernd um die Lösung von Problemen, die Vorbereitung von Gesetzesvorlagen gerungen wurde. Hier lagen die Sternstunden der Abgeordneten. Hier wurde Parteienstreit und Parteiengizänk zurückgestellt, Schwätzer und Hohlreden hatten hier kaum Chancen. Hier gab es endlich auch die menschliche Komponente, die in den Vollversammlungen dieses Hauses so oft vermißt wurde.

(Beifall)

Nun werden an dieser Stelle alle Parteien sagen, was speziell ihre Handschrift trug, mit welchen Aktivitäten sie sich mühten, ihre Aussagen, ihre Grundposition in Gesetze zu verwandeln.

Die Deutsche Soziale Union ist der Ansicht, daß wir in klarer Einschätzung unserer Stärken und Schwächen wesentliche Dinge angestoßen, bewegt, in Gesetze umgewandelt haben. Das Gewicht einer Partei liegt in der Zahl der Abgeordneten auf der einen Seite, aber auch in der Konsequenz und Geradlinigkeit ihrer Aussagen. In vielen Dingen ist es vielleicht wichtiger, die Mehrheit der Bevölkerung als die Mehrheit in diesem Hause zu erlangen.

Wir sind froh, besonders heute, am 17. Juni den Antrag auf Beifitt zum Wirkungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gestellt zu haben. Von allen Seiten gab es Schmähungen und Spott. Man übte sich in vortrefflich klingenden, verbalen Ironien. Zahlen von 1991/1992 wurden dagegegeng gehalten. Ich will jetzt niemanden bloßstellen, aber ich habe noch die Sätze im Ohr. Und nun? Der Einigungsvertrag, hoch gelobt und heiß kritisiert, stellt durchaus nicht die Ideallösung dar. Die Koalition lief auseinander, Minister traten zurück, aus Unfähigkeit oder Resignation oder wegen Stasiverdachts. Andere Minister klammerten sich an ihre Posten und wurden immer unglaubwürdiger. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung drängte zu immer rascheren Einigungsterminen, weil es einfach nicht mehr weiterging, weil es so wie jetzt nicht weitergeht. Aber sehr vieles der letzten Tage und Wochen wäre uns und vielen hoffnungsvollen Bürgern dieses Landes erspart geblieben.

Die DSU sah als zweite Schwerpunktarbeit ihrer parlamentarischen Arbeit: Überführung des unrechtmäßig erworbenen Vermögens der Parteien und Massenorganisationen in die öffentliche Hand. Diese Aktivität mündete in die Drucksache Nr. 199, den Antrag vom 21. August, das Gesetz zur Enteignung der Grundvermögen von Parteien und Massenorganisationen, das Parteienenteignungsgesetz.

— Wie leidenschaftlich die PDS dieses Gesetz bekämpfte, wie zögernd die ehemaligen Parteien, die alten, reagierten - die große Mehrheit der Bevölkerung und viele hier im Hause, verlangen einfach dieses Gesetz; denn erst dann wäre der Neuanfang glaubwürdig und unbelastet. Alles andere ist doch Heuchelei, Verschleierung. Deshalb sehen wir es als eine Hauptaufgabe im Bundestag an, diesen klaren Schritt zur Wahrheit und zur Chancengleichheit zu gehen.

(Beifall)

Als logische Ergänzung oder Folge haben wir ein weiteres Vermächtnis mit größter Konsequenz und Ausdauer im Deutschen Bundestag durchzusetzen. Dabei hoffen wir auf Unterstützung der starken demokratischen Parteien. Zig Tausende warten auf Rehabilitierung. Die DSU ist in den letzten Monaten zum Hoffnungsträger derer geworden, die schweres Unrecht in der Zeit von 1945 bis 1989 erdulden mußten. Wir kennen Einzelschicksale, Menschen, die zerbrechen würden, gäbe es nicht endlich Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Auch dieser Antrag wurde schleppend, verzögernd und verwässernd behandelt. Wir beklagen das und fordern alle Abgeordneten, die in den Bundestag gehen, auf, hier konkrete und sichtbare Ergebnisse noch 1990 zu erzielen, noch in diesem Jahr.

Der Neuanfang, den wir so ersehnen, kann nicht damit begonnen werden, daß man das alte Unrecht unter den Tisch kehrt und einfach zur Tagesordnung übergeht. Deshalb sagen wir: Rehabilitiert politisch und materiell endlich die Bürger, die zu den Mutigsten und Tapfersten im Lande gehören! Die Vermögenswerte dazu sind in Fülle vorhanden. Ich zähle dazu auch die Heimatvertriebenen, die in der Bundesrepublik durch Lastenausgleich wesentlich günstiger starten konnten. Auch für sie hat die DSU eine Gesetzesvorlage eingebracht. Der Bundestag muß auch hier zu einer gerechten Entscheidung kommen.

Das schlimmste Erbe unserer Vergangenheit hat die Bürger in unserem Lande aufgewühlt. Die Fernsehübertragung am Freitag zeigte die Last und die Schwere dieser schlimmen Bürde und die Ohnmacht und Schwäche dieses Parlamentes. Wir als DSU haben hier im Hause keinen Namen zu fürchten gehabt. Doch das erfüllt uns nicht mit Schadenfreude. Wir sagen eindeutig und ohne Einschränkung: Es muß differenziert werden zwischen harmloser Auskunft, gezielter Information, bezahlter Überwachung, Unterschriftenleistung oder gar ständiger Mitarbeit.

Ich glaube denen, die hier Stellung bezogen. Aber ich sage denen, die so leidenschaftlich darum kämpften, daß alles geheim bleiben sollte: Jeder hier im Hause hat die Möglichkeit gehabt, sein Mandat niederzulegen, auszuschneiden, zurückzutreten, krank zu werden.

(Beifall)

Wer es nicht tat - es muß zumindest der Eindruck entstehen -, der versuchte wieder, sich durchzuschlängeln, herumzukurven, mit einem blauen Auge davonzukommen.

Es gibt da kleine und große Sünden. So wie die Abgeordnete vom Bündnis 90/Grüne für ihre zwei Kollegen sprach, so hätten auch andere Fraktionsvorsitzende die einstmals geleisteten Unterschriften relativieren können.

Doch eine Tatsache muß uns alle bedrücken und zur Handlung treiben: Wenn schon in diesem Hause so viele Mitglieder belastet wurden, wie viele sind das erst in den Betrieben, den Verwaltungen, den Schulen, den Universitäten? Hier muß noch eine Sisyphusarbeit geleistet werden; denn sonst gibt es immer Verdächtigung, Nötigung, Angst, Erpressung und Lüge.

Schon deshalb sind wir für ordentliche Archivierung und kontrollierten und rechtsstaatlichen Zugang zu den Akten dieser Mafia, wohl wissend, daß sie auch Lügen und Fälschungen enthalten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir Parteien des Neubeginns haben einen gewaltigen Vorteil: den Vorteil, unbelastet zu sein,

(Heiterkeit und Beifall)

arm wie Kirchenmäuse, eigentlich nur unsere Begeisterung für das neue, einige Vaterland, die Freiheit, den baldigen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung,

(Unruhe)

die Hoffnung auf die Gesundheit unserer Umwelt.

Die großen Parteien haben ihre Apparate, ihre Routine, aber auch ihren Ballast und manche Unglaubwürdigkeit aus ihrer Vergangenheit.

Nun kommt die Wahl, diese wichtige Wahl zu den Landtagen. Ich erinnere an das Wort eines Mannes, der es wissen mußte: Fürst August von Bismarck:

„Nirgendwann wird soviel gelogen wie vor einer Wahl und nach einer Jagd.“

(Beifall)